

„Grübeln Sie noch oder dübeln Sie schon, Herr Brüderle?“

Kritik an der Regierungspolitik weist **Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle** zurück. Der FDP-Politiker über Steuersenkungen, Protektionismus und Großverdiener in Banken

€uro: Herr Brüderle, Ihr Arbeitsmotto lautet „Erst grübeln, dann dübeln“. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung seit der Wahl viel öffentliche Zustimmung verloren hat: Grübeln Sie noch oder dübeln Sie schon?

Rainer Brüderle: Ich zweifle nicht daran, dass diese Regierung bald wieder viel mehr Zustimmung erfahren wird. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung bessert sich die Stimmung im Land. Das sieht man beispielsweise am Konsumklimaindex, der gerade ordentlich angezogen hat. Dafür hat Schwarz-Gelb viel getan – etwa mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das für steuerliche Entlastungen in Höhe von 24 Milliarden Euro gesorgt hat. Unser Kurs zahlt sich nun aus.

€uro: Kürzlich ergab allerdings eine jährliche Befragung von mehr als 1000 Ökonomen, dass nur noch jeder fünfte Befragte die Wirtschaftspolitik der FDP befürwortet.

Brüderle: Wir werden in Zukunft noch deutlicher machen, wofür wir mit unserer Politik stehen. Wir wollen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigenverantwortung und staatlichen Aktivitäten. Wichtige Vorhaben dabei sind, das Steuerrecht zu vereinfachen und die Mittelschicht – die Leistungsträger – zu entlasten. Die FDP hat im Wahlkampf stark auf das Thema Steuersenkungen gesetzt und damit das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Unserer Politik ist aber umfassender.

€uro: Kommen die versprochenen Steuersenkungen noch in dieser Legislaturperiode?

Brüderle: Davon gehe ich aus. Der genaue Zeitpunkt wird davon abhängen, wie schnell sich der Haushalt durch den Wirtschaftsaufschwung erholen wird. Dem Staat geht es hier

wie dem Bürger: Habe ich weniger Geld, muss ich manche Vorhaben ein Stück weit verschieben. Dieser Kurs schafft Vertrauen. Dass die deutsche Binnennachfrage jetzt so breit anspringt, beruht auch darauf, dass diese Regierung nicht den billigen Weg von breiten Steuererhöhungen geht, sondern ernst macht mit dem Sparen. Wichtig ist dabei, dass wir sparen, ohne Wachstumskräfte abzuwürgen.

€uro: Trotzdem schimpfen Oppositionelle wie der SPD-Politiker Hubertus Heil, Sie hätten „nur Klientelpolitik“ zu bieten.

Brüderle: Ich halte diese Art der Kritik nicht für klug. Aber jeder hat seinen Stil. Wenn man mir zum Vorwurf macht, dass ich mich besonders um den Mittelstand kümmere, sehe ich das als Ehrentitel, weil der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ist.

€uro: „Klientelpolitik“ wirft man Ihnen seit der Quasisubventionierung des Gastgewerbes durch die Mehrwertsteuersenkung für Hotels auf sieben Prozent vor, die die Regierung Ende 2009 beschlossen hat. Nun fordern sogar CDU- und FDP-Politiker eine Rücknahme dieser Maßnahme. Und Sie?

Brüderle: Wir sollten nicht jedes halbe Jahr Beschlossenes wieder rückgängig machen. 22 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotels. In Frankreich liegt er bei 5,5 Prozent.

€uro: Würden Sie diesen Steuerrabatt mit dem Wissen von heute wieder gewähren?

Brüderle: Wir haben das gemacht, jetzt sollten wir auch dazu stehen.

€uro: Die Chefs von DAX-Konzernen wie BASF, Daimler, Siemens, Telekom und →



„Wenn man Unternehmen schützt und sie dadurch dem Wettbewerb entzieht, verlieren sie ihre Wettbewerbsfähigkeit.“ Rainer Brüderle im Gespräch mit Euro-Redakteur Mario Müller-Dofel

Rainer Brüderle, 65: „Wir sollten nicht jedes halbe Jahr Beschlossenes wieder rückgängig machen“

FOTOS: AXEL GRESCH FÜR €URO (2)



Schicker Amtssitz

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) liegt etwas abseits vom Berliner Regierungsviertel in der Invalidenstraße, gleich hinter dem Hauptbahnhof. Es ist in einem herrlichen Gebäudekomplex untergebracht, der früher teils zum im 18. Jahrhundert errichteten „Invalidenhaus“ der Kriegsofopferfürsorge und zur um 1900 errichteten militärärztlichen Kaiser-Wilhelm-Akademie gehörte. Von hier aus koordiniert Minister Brüderle seine rund 1700 Mitarbeiter. Er ist der siebte FDP-Wirtschaftsminister unter den 15 Amtsinhabern seit 1949. Das BMWi gehört zu den kleineren Regierungsressorts. Von den im Bundeshaushalt 2010 veranschlagten 319,5 Milliarden Euro bekam es 6,1 Milliarden budgetiert. Es befasst sich vor allem mit Mittelstands- und Industriepolitik sowie mit der Technologieförderung.



→ VW warnen die Regierung, dass deutsche Firmen einen eklatanten Wettbewerbsnachteil hätten, weil die Forschung in Ländern wie den USA und Frankreich stärker staatlich gefördert werde als hierzulande. Wäre der Steuerrabatt, den nun Hotels genießen, nicht besser BASF, Daimler und Co gewährt worden?

Brüderle: Ganz klar: Investitionen in Bildung und Forschung sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unsere Unternehmen zukunftsfähig bleiben. Wir stellen deswegen in dieser Legislaturperiode zwölf Milliarden Euro für die Bildungs- und Forschungsförderung zusätzlich bereit. Eine darüber hinausgehende steuerliche Forschungsförderung ist wegen der schwierigen Haushaltslage derzeit leider nicht realisierbar.

€uro: Die ist in Milliardenhöhe von der Koalition angekündigt, aber kürzlich ad acta gelegt worden.

Brüderle: Nochmals: Die Haushaltskonsolidierung hat oberste Priorität. Wenn man hier schneller ist als erwartet, kann man über eine noch stärkere steuerliche Förderung für die Forschung nachdenken. Die müsste dann eine starke Mittelstandskomponente haben.

€uro: Zur Finanzkrise: Sie schließen den Deutschlandfonds, der Finanzhilfen für in Not geratene Firmen bereithält, Ende 2010. Von den ursprünglich 115 Milliarden Euro darin sind keine zehn Prozent abgerufen worden. Warum nicht? Die Unternehmensverbände warnen doch seit fast zwei Jahren vor einer Kreditklemme.

Brüderle: Dass so wenig Geld abgerufen wurde, ist ein gutes Zeichen für die Lage am Kreditmarkt. Wir bedauern doch auch nicht, dass es so wenig brennt, obwohl wir eine leistungsfähige Feuerwehr haben.

€uro: Dennoch: Die Verbände warnen vor einer Kreditklemme, die Banken sagen, das ist Quatsch. Was stimmt denn nun?

Brüderle: Ich führe viele Gespräche mit der

Wirtschaft. Von dort bekomme ich überwiegend die Rückmeldung, dass es für Unternehmen wieder leichter geworden ist, Kredite zu erhalten. Natürlich läuft die Kreditversorgung nicht in allen Bereichen gleich gut. Aber insbesondere bei den kleineren Unternehmen scheint die Finanzierung gut zu funktionieren.

€uro: Es ist die Rede von zu viel Bürokratie beim Deutschlandfonds.

Brüderle: Da musste der richtige Mittelweg gefunden werden zwischen der möglichst unkomplizierten Unterstützung der Unternehmen und den berechtigten Interessen der Steuerzahler. Der Wirtschaftsfonds wurde eingerichtet, damit unsere Firmen gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise kommen. Es musste Vorsorge getroffen werden, damit die Investitionsfähigkeit unserer Unternehmen gesichert bleibt. Das ist uns gelungen.

€uro: Der von Ihnen eingesetzte Kreditmediator Hans-Joachim Metternich hat von seinem Amtsantritt im April 2010 bis Mitte August etwas mehr als 300 Anfragen von Firmen bearbeitet und zwölf abgelehnte Kreditanfragen in Zusagen „ummoderiert“. Kritiker meinen, das sei zu wenig für 200 000 Euro Jahresgehalt.

Brüderle: Die Anzahl der Anträge ist kein alleiniger Erfolgsindikator für die Arbeit des Kreditmediators. Herr Metternich vermittelt unabhängig von bestehenden Strukturen zwischen Unternehmen und Banken. Er ist ein Fachmann, der erfolgreich eine Förderbank für den Mittelstand geleitet hat. Die anstehenden Probleme diskutiert er eng verzahnt mit den Industrie- und Handelskammern. Das hilft auch im Aufschwung.

€uro: Wodurch denn zum Beispiel?

Brüderle: Viele Banken haben inzwischen selbst interne Kreditmediatoren eingesetzt, um Kommunikationsprobleme zwischen den Kunden und ihren Kreditabteilungen zu vermindern. Herr Metternich ist außerordentlich hilfreich, weil er aufklärend wirkt. Dadurch können Fälle im Vorfeld gelöst



werden, sodass eine Antragstellung oft gar nicht mehr erforderlich ist. Es ist wie beim Arzt: Das Ziel ist, durch eine frühzeitige Behandlung eine Operation zu verhindern.

€uro: Verraten Sie uns Ihr Gehalt?

Brüderle: Können Sie das nicht nachlesen?

€uro: Uns interessiert lediglich, wie Sie es angesichts Ihrer Verantwortung als Regierungspolitiker finden, wenn beispielsweise selbst junge Banker mehr als Sie verdienen.

Brüderle: Es ist nicht Aufgabe des Staates, Gehälter, die in der Privatwirtschaft gezahlt

werden, zu bewerten. Das ist Sache der Unternehmen. Die Gehälter in Unternehmen werden erst dann ein Thema für den Staat, wenn der Steuerzahler involviert ist.

€uro: Wie bei der Commerzbank, an der sich der Bund für 18 Milliarden Euro mit 25 Prozent beteiligt hat. Hier verdienen viele Banker mehr als Regierungspolitiker und auch mehr als die für den Vorstand festgelegten 500 000 Euro Jahresgehalt. Wie sehen Sie das?

Brüderle: Wenn eine Bank staatlich unterstützt wird, muss man genauer hinschauen. →



Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Gehälter in der Privatwirtschaft zu bewerten“



Rainer Brüderle, am 22. Juni 1945 als Sohn eines Textilgeschäftsbetreibers geboren, studierte 1967 bis 1971 Volkswirtschaft in Mainz. 1973 trat er der FDP in Rheinland-Pfalz bei und durchlief etliche hohe politische Ämter auf Landesebene. Der verheiratete Familienvater ist seit 1983 Chef des FDP-Landesverbandes. Brüderle gilt als einer, der PR-Gags liebt. So kam der Weinliebhaber 1996 ins Guinnessbuch der Rekorde, weil er 1368 aktuelle und ehemalige Weinköniginnen traf. Seit 1998 ist der 65-Jährige „Mister Mittelstand“, wie man ihn bisweilen nennt, Bundestagsmitglied und seit Oktober 2009 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

→ In solchen Fällen muss ein gewisses Augenmaß und Fingerspitzengefühl gewahrt werden. Die Bundesregierung prüft derzeit eine gesetzliche Regelung, die die Kappung variabler Gehaltsbestandteile bei solchen Banken ermöglicht, die vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung gestützt werden.

€uro: Sie sagen, der Staat solle seinen Commerzbank-Anteil in den nächsten vier Jahren verkaufen. Das Engagement der Steuerzahler bei der Immobilienbank HRE wird wohl länger dauern. Hätte man diese Bank nicht besser pleitegehen lassen sollen? Sie hat schon 142 Milliarden Euro an Staatshilfen bekommen. Ihr Parteifreund Frank Schäffler spricht vom „Fass ohne Boden“.

Brüderle: Eine Insolvenz war keine Option. Was wäre wohl passiert, wenn ein paar Hundert Milliarden Euro an Immobilienfinanzierungen geplatzt wären? Das hätte zu einem Zusammenbruch der deutschen Finanzbranche und auch der Volkswirtschaft geführt.

€uro: Mancher Ökonom meint, man müsse selbst große Banken pleitegehen lassen, um wieder Moral in die Banken zu bekommen.

Brüderle: Ich kenne kein einziges Land, das seine Banken nach der Lehman-Krise in die Insolvenz hat gehen lassen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die US-Regierung diese Entscheidung heute wieder so treffen würde.

€uro: Das „Too big to fail“-Problem – Banken, die so groß sind, dass sie bei Schiefelage eine Volkswirtschaft an den Abgrund bringen können – ist nach wie vor nicht gelöst. Lässt es sich überhaupt in den Griff bekommen?

Brüderle: Ich sehe hier eine große Herausforderung. Würde alles so bleiben, wie es vor der Krise war, drohte eine Wiederholung. Wir haben jetzt einmal die Feuerlöscher einsetzen müssen. Nun müssen wir die Brandschutzpläne der Feuerwehr präzisieren. Das heißt konkret: Man muss viele Maßnahmen ergreifen – etwa die Bankenaufsicht verschärfen, für

mehr Risikobewusstsein sorgen oder riskante Finanzgeschäfte wie Leerverkäufe stark regulieren. Die Bundesregierung hat hier schnell reagiert. Die Banken müssen auch mehr Eigenkapital vorhalten. Nach und nach werden die Maßnahmen wirksam.

€uro: Wie steht es um den Wettbewerb?

Brüderle: Die neuen Regelungen dürfen international nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns innerhalb der G 20 abstimmen. Kein Land darf sich Vorteile verschaffen, indem es für die eigenen Banken weniger strenge Regeln gelten lässt. Es darf kein „race to the bottom“ geben, wie man neudeutsch sagt.

€uro: Man hat lange nichts mehr von Ihrem geplanten Entflechtungsgesetz gehört, durch das marktbeherrschende Unternehmen, die ihre Macht missbrauchen, zerschlagen werden könnten. Wie weit sind Sie hier, nachdem die Industrie und Banken protestiert haben?

Brüderle: Wir bearbeiten das Thema weiter und führen Gespräche mit den Ressorts.

€uro: Nach welchem Zeitplan?

Brüderle: Das hängt davon ab, wie die Beratungen verlaufen, etwa mit den anderen Ministerien und im Parlament. Wir bleiben dran, nehmen uns aber die nötige Zeit.

€uro: Mancher Politiker meint, Deutschland müsse seine „nationalen Champions“ eher schützen als entflechten. In anderen EU-Ländern hat sich längst eine Art Protektionismus entwickelt, um den Ausverkauf von Hochtechnologie zu verhindern.

Brüderle: Ich verstehe diese Art zu denken nicht. Wenn man Unternehmen „schützt“ und damit dem Wettbewerb entzieht, verlieren sie ihre Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss man den Wettbewerb intensivieren, damit Innovationsprozesse in Gang kommen. Dies ist die Grundphilosophie der Marktwirtschaft – und meine Richtschnur.

€uro: Vielen Dank für das Gespräch.



FOTOS: AXEL GRIESCH FÜR €URO (2)